

1993 – 2018

25 Jahre Protest gegen die Palastschließung und -vernichtung

Der Palast der Republik wurde auf der Grundlage eines vorläufigen Asbestgutachtens am 19. September 1990 für die Öffentlichkeit überraschend geschlossen, obwohl Raumluftmessungen ergaben, dass die zulässigen Grenzwerte in den Räumen nicht überschritten wurden, also aus dieser Sicht kein dringlicher Schließungsgrund vorlag.

Die Rechtsnachfolge ging am 3. 10. 1990 an den Bund über. Die Freifläche davor (ehemals Marx – Engels – Platz) gehört dem Land Berlin.

Das Bundeskanzleramt verfügte am 29. Oktober 1990 die Abwicklung des PdR zum 1. November 1990.

Ein Landesparteiitag der CDU Berlin beschloss Ende 1992, den Palast der Republik, das Staatsratsgebäude und das Außenministerium der DDR abzureißen um einen „historischen“ Wiederaufbau zu ermöglichen.

Am 23. März 1993 wird während eines Spitzentreffens der CDU und FDP, an der der Bundeskanzler, der Bundespräsident, die Bundesbauministerin und der Regierende Bürgermeister von Berlin teilnahmen, der Abriss des Palastes der Republik beschlossen.

Am 27. März folgten über 10.000 Bürger dem Aufruf der PDS zu einem „Protestspaziergang“ um den Palast der Republik, die „Spreinsel – Initiative“ gründet sich, etwas später die Bürgerinitiative „Pro Palast“.

Das ist der Beginn der Protestbewegung gegen die Palastschließung und -vernichtung. Weitere Bürgerinitiativen entstehen. Sie führen in der Folgezeit Fachtagungen und andere Veranstaltungen durch, beispielsweise mehr als 100 „sanfte Palastbelagerungen“ sowie Unterschriftensammlungen mit mehr als 100.000 Unterschriften für den Palasterhalt.

Unter diesen Druck empfiehlt der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mehrheitlich den Erhalt des Palastes der Republik. Diese Empfehlung wird von der Bundesregierung missachtet.

Die Bürgerinitiative „Pro Palast“ setzte mit vielfältigen Initiativen und Veranstaltungen, der Teilnahme an Pressefesten, u.ä. ihre Aktivitäten fort und war auch bei der Zwischennutzung des Palastes dabei.

Nach vielen Debatten im Plenum des Deutschen Bundestages erfolgte auf der Grundlage entsprechender Beschlüsse ab Januar 2006 der Abriss des Palastes der Republik.

Im März 2007 bildete sich der Freundeskreis Palast der Republik. Er setzt das Wirken der Bürgerinitiative „Pro Palast“ mit veränderter Zielstellung fort. Zahlreiche Wanderausstellungen vorwiegend in Berlin aber auch anderswo sorgen dafür, das das Haus des Volkes nicht in Vergessenheit gerät.

Mitglieder des Freundeskreises dokumentierten den Abriss des Palastes aus verschiedenen Sichten, teilweise mit Genehmigung der Verantwortlichen der Abrissfirma.

Vor der Abrisskulisse wurden Bürger zum Thema „Palastabbriss“ interviewt, darunter prominente Zeitzeugen wie Dr. Hans Modrow, Klaus Höpke, Klaus Huhn, Prof. Dr. Heinrich Fink, Dr. Bruno Flierl und andere.

In Zusammenarbeit mit der Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag und der Rosa – Luxemburg – Stiftung wurden Recherchen durchgeführt und dokumentiert. Ihnen sind wir zu Dank verpflichtet.

Mit dem Vorstand der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss wurden Gespräche geführt. Grundlage waren u.a. die vom Freundeskreis erarbeiteten 25 Thesen und insbesondere unsere Forderungen zur Erinnerungskultur an den Palast der Republik im künftigen Humboldt Forum.

Das ist gleichzeitig der Schwerpunkt für das künftige Wirken des Freundeskreises Palast der Republik.

Macht mit!

Kontakte

Rudi Denner
Sprecher des Freundeskreises
Tel/Fax: 030/9912254
Mail: r.denner@gmx.de

Dieter Lämpe
Pressesprecher
Tel:03342/318473

Im Internet:

www.palastschaustelle.eu